

Es gilt das gesprochene Wort



economiesuisse

Jahresmedienkonferenz

Wirtschaftspolitische Standortbestimmung

Ueli Forster, Präsident von economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konjunkturflaute in der Schweiz zieht sich hin, und es kann in den kommenden Monaten nur mit einer schleppenden Erholung gerechnet werden. Zwar ist davor zu warnen, lediglich aus den aktuellen Stimmungsindikatoren, welche stark durch weltpolitische Unsicherheiten und Ereignisse geprägt sind, auf den weiteren Konjunkturverlauf zu schliessen. Die Stimmungen können bekanntlich schnell drehen. Gleichwohl kann mit Blick auf die *wenig verheissungsvolle Europakonjunktur* in den nächsten Monaten nicht mit entscheidenden Impulsen für die Exporte gerechnet werden, und die Investitionen dürften vorderhand noch auf tiefem Niveau verharren. Ohne ein Anziehen dieser Nachfragekomponenten wird aber die Konjunktur nicht in Fahrt kommen. Es versteht sich von selbst, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wechselseitig nicht beeinträchtigt werden darf, sollen die Schweizer Unternehmen an einem Aufschwung der Weltkonjunktur voll partizipieren können. Erfreulicherweise scheint die *letzte Zinssenkung Wirkungen* zu zeigen, hat sich doch der Franken gegenüber dem Euro deutlich abgeschwächt und liegt auf einem lange nicht mehr gesehenen Kursniveau. Inflationsgefahren bestehen angesichts der gedämpften Nachfrage nicht, und das Zinsniveau dürfte vorläufig tief bleiben. Insgesamt erwarten wir für 2003 eine Zunahme des realen Bruttoinlandproduktes von 0,5 bis 1%, bei einer durchschnittlichen Teuerung von rund 1% und einer leicht steigenden Arbeitslosenquote.

Auch wenn unser Land den Aufschwung aus eigener Kraft nicht schaffen kann bzw. auf eine Wiedererstarkung der Weltkonjunktur angewiesen ist, sind wir dennoch nicht zum wirtschaftspolitischen Nichtstun verurteilt. Gefragt sind aber nicht staatliche Impulsprogramme, sondern ein auf die nachhaltige Verbesserung der Wachstumsbedingungen angelegtes *Gesamtkonzept für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung*. Im Mittelpunkt müssen Massnahmen zur Stärkung der Produktivkräfte stehen, wie sie im vorliegenden Jahrbuch 2003 erläutert werden: höhere Investitionen in Bildung und Forschung, steuerliche Anreize zur Bildung von Eigenkapital, vor allem bei den KMU, Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme usw. Das ist in der heutigen konjunkturellen Lage sicherlich keine einfache Aufgabe, aber *Regierung und Parlament* dürfen *nicht kurzfristigen Forde-*

rungen, von welcher Seite auch immer, *nachgeben* und die längerfristigen Herausforderungen aus den Augen verlieren.

Noch ein Wort zum Bundeshaushalt: Eine Finanz- und Steuerpolitik, die Wachstum und Beschäftigung fördern und unterstützen will, darf vor einer unkontrollierten Entwicklung der Ausgaben nicht kapitulieren. Empirische Untersuchungen für andere Länder zeigen, dass eine *Rückführung der staatlichen Aktivitäten*, die damit verbundene Schaffung von Freiräumen für die Privaten und die Konsolidierung des Haushalts bei den wirtschaftlichen Entscheidungsträgern Vertrauen schaffen. Dies stimuliert die privaten Konsum- und Investitionsausgaben und bringt mehr wirtschaftliche Dynamik. Dafür wird sich *economiesuisse* weiterhin aktiv einsetzen.

Damit komme ich zur Tagespolitik: Auch hier sind wir gefordert, wenn ich an den 18. Mai denke. Neun *Abstimmungsvorlagen* stehen zur Debatte. Aus Sicht der Wirtschaft verdienen die beiden Referenden ein Ja, denn es handelt sich um wichtige Reformvorhaben, sowohl bei der Armee XXI als auch beim Bevölkerungsschutz. Die sieben anderen Vorlagen, allesamt Volksinitiativen, lehnen wir entschieden ab. Denn sie bringen unser Land nicht weiter, sondern blockieren es und führen zu einem neuen Staats-Interventionismus und zu einer massiven Mehrbelastung. Die geschätzten Kosten würden langfristig gegen 100 Mia. Franken betragen. Das ist eine enorme Summe, über die das Schweizervolk an einem einzigen Abstimmungswochenende zu entscheiden hat. Aber nicht nur die finanziellen Auswirkungen sind gravierend, auch die wirtschaftlichen Konsequenzen sind verheerend: für den Wirtschaftsstandort Schweiz und den Arbeitsmarkt. Aus diesen Gründen tritt der Dachverband der Wirtschaft entschieden gegen die sieben Initiativen an und appelliert an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, 7 mal Nein zu stimmen.

Kurz ein paar Argumente zu den Sachvorlagen im Einzelnen. Das Problem der steigenden Gesundheitskosten, wird mit der *SP-Initiative* überhaupt nicht gelöst, sondern noch verschlimmert. Leidtragende wären insbesondere der Mittelstand und die Wirtschaft, aber auch das Gesundheitswesen zählte zu den Verlierern. Die beabsichtigte Umverteilungsübung dürfte negative volkswirtschaftliche Nebenwirkungen haben, die – medizinisch gesprochen – den beabsichtigten therapeutischen Effekt weit überkompensieren.

Die *Atominitiativen* bedeuten einen schwerwiegenden Eingriff in unsere Stromversorgung. 40 % der Elektrizität lassen sich nicht innerhalb weniger Jahre substituieren. Die negativen Folgen sind hinlänglich bekannt: massive Verteuerung der Energiekosten, erhöhte Abhängigkeit vom Ausland und zusätzliche Belastung der Umwelt. Einen wichtigen Aspekt, der in der bisherigen Diskussion untergegangen ist, stellt die Arbeitsplatzfrage dar: Niemand kann garantieren, dass die Forcierung von Alternativen entsprechende Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen würde, denn eine öffentliche Ausschreibung von solchen Aufträgen müsste ja international erfolgen. Und es ist keineswegs sicher, dass Schweizer Unternehmen für die Schweizer Produktion – zumal mit dem Wettbewerbsnachteil teurer Stromproduktion belastet – das Rennen

gewinnen würden: Deshalb kämpfen wir im Interesse der Schweiz gegen diese unsinnige Politik.

Dass *behinderten Menschen* das Leben in unserer Gesellschaft so weit als möglich erleichtert werden soll, ist unbestritten. Deshalb unterstützen wir den indirekten Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament, das Behindertengleichstellungsgesetz. Denn nur so, im gegenseitigen Miteinander, lassen sich die Anliegen der Behinderten erfüllen. Wir sind überzeugt, dass dies der bessere Weg ist, als die Initiative, welche neue Probleme schaffen würde.

Die Lehrlingsinitiative ist ebenso verfehlt. Denn sie führt über kurz oder lang zur einer Verstaatlichung der Berufsbildung. Das heutige duale Bildungssystem hat sich bestens bewährt. Deshalb braucht es keine staatlich oder kantonal gelenkten Lehrwerkstätten, umso mehr als das neue Berufsbildungsgesetz, das am 1. Januar 2004 in Kraft tritt, die bessere Lösung ist.

Zum Schluss noch ein kurzer Blick zu einem ganz andern Thema: zur einseitigen Verfügung von *Deutschland gegen den Flughafen Zürich*.

economiesuisse hat immer die Notwendigkeit einer guten Verkehrsinfrastruktur für die Standortqualität unseres Landes betont. Für unsere Wirtschaft mit ihrer engen Auslandsverflochtenheit ist die Anbindung an den internationalen Luftverkehr von grosser Bedeutung. Ich möchte hier nicht auf die weltweit akuten Probleme eingehen, mit denen der internationale Luftverkehr und die Swiss konfrontiert sind. Ich möchte aber mein grosses Befremden ausdrücken über die Verfügung Deutschlands hinsichtlich des Anfluges von Kloten. Missfallen auszudrücken ist nicht nur eine Angelegenheit eines Teils der Politik, sondern vor allem auch der Wirtschaft, für die ein reibungsloser Flugverkehr einen gewichtigen Standortvorteil bzw. im Falle schikanöser Bestimmungen einen Nachteil darstellt. Sie kennen die Fakten: Obwohl nachgewiesenermassen 95% des Fluglärms von Kloten in der Schweiz anfallen, hat Deutschland Massnahmen ergriffen, die geeignet sind, die Wirtschaftlichkeit nicht nur des Flughafens, sondern auch der Swiss ernstlich in Frage zu stellen. Sie wissen, dass Deutschland bei keinem seiner eigenen Flughäfen auch nur annähernd gleiche Beschränkungen anwendet wie es sie nun indirekt der Schweiz aufzwingt. In Deutschland werden wesentlich dichter bevölkerte Gebiete überflogen als in Süddeutschland und erst noch viel tiefer. Bei allen bilateralen Treffen, vor allem auch auf Regierungsebene, werden die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz hervorgehoben. Was hier geschehen ist, ist aber – um es einmal deutlich zu sagen – ein Akt der Unverhältnismässigkeit, geeignet eben dieses gute Einvernehmen nachhaltig zu stören. Es kann ja nicht sein, dass das Anfliegen von Kloten zum „Warteschlangentrauma“ jedes Passagiers wird, dass man bei Reisen in und aus der Schweiz nie weiss, ob überhaupt und wann man Termine wahrnehmen kann. Ob man in Zürich oder in Basel landet ist auch nicht unwesentlich. Hier wird meines Erachtens mit dem Argument des Lärmschutzes für eine kleine Minderheit versucht, nicht nur eben diesen Lärm auf einen weit grösseren Bevölkerungsteil zu verschieben, sondern vor allem auch Marktanteile in einer unter Widerwärtigkeiten leidenden Branche zu

gewinnen. Und es wird in Kauf genommen, Tonnen von Treibstoff unnötig zu verbrennen. Dass Umweltschutz ein Ganzes ist, wurde hier nicht beachtet. Die Verordnung ist deshalb nicht nur ein wirtschaftspolitischer, sondern auch ein umweltpolitischer Fehltritt sondergleichen.

Es wäre zu begrüßen, wenn Deutschland diese guten Beziehungen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unterstreichen würde. Ich hoffe deshalb sehr, dass in dieser Sache das letzte Wort nicht gesprochen ist, dass auch die Stimme der Wirtschaft gehört wird und Deutschland schliesslich doch noch Hand zu einer Lösung bietet, die den legitimen Interessen der Schweiz Rechnung trägt.

29. April 2003